



## Jahresziele 2021

Jahresziele	Detailbeschreibungen	Ergebnis
1. Die Lohnentwicklung für das Staatspersonal ist weiterhin ein zentrales Anliegen	<ul style="list-style-type: none"><li>- Voller Lohnsicherung für alle, Individuelle Lohnanpassung 0,6%, Einmalzulage 0,2%</li><li>- Berücksichtigung der UBS-Lohnumfrage</li><li>- Generelle Lohnerhöhung (Frauenberufe besonders miteinbeziehen)</li><li>- Zusätzliche Ferienwoche für 50+, Mittel- und Berufsschullehrpersonen</li><li>- Freie Arbeitszeit für Pflege von Angehörigen</li></ul>	
2. Arbeitsbedingungen ohne grosse Mehrkosten nachhaltig verbessern	<ul style="list-style-type: none"><li>- Die Verträglichkeit von Arbeit/Familie muss mit Massnahmen gefördert werden.</li><li>- Das Homeoffice muss auch nach den Corona-Zeiten vernünftig beibehalten werden.</li><li>- Die Digitalisierung der Verwaltung ist Voraussetzung für obige Massnahmen.</li><li>- Der Schutz von Whistleblowern muss endlich auch rechtlich geregelt werden.</li><li>- Vaterschaftsurlaub muss zum Elternurlaub ausgebaut und die Urlaubszeit erweitert werden. Eine Gleichstellung von Mann und Frau ist zwingend.</li></ul>	
3. Gewinnen von neuen Mitgliedern. Sie sollen mittelfristig den VPV beitreten: - Verband der Zürcher Finanzfachleute und Finanzexperten (ZFG) - neue Stände der Uni Zürich VIP (Infrastrukturpersonal), PDV (PDs) und VAUZ (Akademischer Mittelbau)	<ul style="list-style-type: none"><li>- Gespräche im 2021 fortführen, Kontakte intensivieren, Zusammenarbeit fördern</li><li>- UNI-Gesetz mit neuen Ständen mitverfolgen</li></ul>	
4. Wahlen Stiftungsrat BVK: Sitzzahlen halten Die neuen BVK-Angebote werden vom Kanton Zürich umgesetzt.	<ul style="list-style-type: none"><li>- Wahlen durch VPV/vpod für 9 bisherige Sitze gewinnen, davon 6 VPV</li><li>- Neue Angebote auf Social-Media und an Anlässen bei Angestelltenschaft vorstellen</li><li>- Umsetzung aktueller Angebote und Deal über Abbau Personalrechte verhindern</li></ul>	
5. Wir organisieren in Kooperation mit KVZ und anderen Partnern 1 bis 2 Smart Monday's zu aktuellen Themen und nutzen möglichst auch digitale Kanäle	<ul style="list-style-type: none"><li>- Daten: noch bei KVZ abklären</li><li>- Die Veranstaltungen werden jeweils von mehr als 100 Teilnehmenden besucht.</li></ul>	
6. VPV-Anliegen im Kleinen und Grossen Austausch mit Finanzdirektor und einmal mit Gesamtregierungsrat vortragen. Im «Roundtable» Anliegen thematisieren, Lösungsansätze suchen und umsetzen.	<ul style="list-style-type: none"><li>- Die VPV sind an allen Sitzungen präsent und arbeiten auch in Kommissionen der Regierung und Verwaltung auf Anfrage mit.</li></ul>	
7. Die Angestelltengruppe des Kantonsrates setzt sich aktiv für Arbeitnehmenden-Fragen ein.	<ul style="list-style-type: none"><li>- 2 bis 3 Treffen in der Angestelltengruppe, bei welchen Verbände ihre Anliegen einbringen dürfen</li><li>- Das Präsidium VPV und Angestelltengruppe treffen sich einmal zum Austausch</li></ul>	
8. Die Kommunikation über Medien, Anschlagbretter, Social-Media wird gefördert.	<ul style="list-style-type: none"><li>- Das bestehende Informationskonzept wird als neues Kommunikationskonzept erarbeitet unter Einbezug der Verbände.</li></ul>	
9. Statuten werden genehmigt und Reglemente erarbeitet.	<ul style="list-style-type: none"><li>- Arbeiten in Ruhe angehen und Arbeitsorganisation Gremien VPV und Geschäftsstelle optimieren</li></ul>	
10. Verbände in VPV machen aktiv in Gremien mit. Sie organisieren den Ausbau ihrer Strukturen und erhöhen ihre Mitgliederzahlen.	<ul style="list-style-type: none"><li>- Themenanfragen für Treffen Finanzdirektion und Regierung</li><li>- Vernehmlassungen werden verteilt und Verbände nehmen intern Stellung.</li></ul>	

18.01.2021

### Über die Vereinigten Personalverbände (VPV):

Die VPV sind ein Zusammenschluss von 16 Fachverbänden und ihren Unterverbänden. Die VPV vertreten rund 19'000 von ca. 38'000 Staatsangestellten. Die VPV sind offizielle Sozialpartner für das Staatspersonal und verhandeln regelmässig mit der Regierung über die Arbeits- und Anstellungsbedingungen und die Interessen von Personen, die dem Personalrecht indirekt, zum Beispiel in den Gemeinden, unterstehen.